

BÜRGERBRIEF

von Ihrem Landtagsabgeordneten

Kay Ritter



November 2023

*Für den Wahlkreis 24 Leipziger Land 4
(Für die Städte Wurzen, Brandis, Trebsen und die
Gemeinden Bennewitz, Borsdorf, Lossatal, Machern
und Thallwitz)*

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der 46. Kalenerwoche kamen die CDU-Mitglieder des Wahlkreises 24 Leipziger Land 4 zusammen, um ihren Kandidaten für die Wahl zum 8. Sächsischen Landtag am 01. September 2024 zu nominieren. Mit 97,4 % Zustimmung erhielt ich erneut das Vertrauen und freue mich sehr über den Rückhalt aus den eigenen Reihen. Mir ist dabei aber bewusst, dass dies erst der erste Schritt für eine erfolgreiche Verteidigung des Wahlkreises ist.

Unsere Region hat sich prächtig entwickelt. Welchen Vorteil Kooperationen dabei gerade bei der Beschaffung von Fördermitteln haben, beweist aus meiner Sicht sehr eindrucksvoll die Zusammenarbeit der Kommunen im Wurzenener Land. Der eingeschlagene Weg auf Augenhöhe führte die Stadt Wurzen, die Gemeinden Lossatal, Thallwitz und Bennewitz zusammen und es hat sich ausgezahlt. Mehr als 130 Millionen Euro sind seither hier in die Region geflossen. Ich freue mich daher besonders, dass das Modell bereits Nachahmer gefunden hat, so denke ich da an den Verbund der Gemeinden des Parthelandes. Ich werde weiter hart dafür, dass das so bleibt! Dabei ist zuhören und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen einer der wichtigsten Aufgaben. Was nützen die schönsten Gesetze eines Parlaments, wenn deren Umsetzung handwerklich schlecht vorbereitet sind und in der Bevölkerung auf Ablehnung stoßen? Ein besseres Beispiel als das Gebäudeenergiegesetz zeigt uns dies in aller Deutlichkeit! Es wird einmal mehr darauf ankommen, wirkliche Lösungen anzubieten. Populismus nützt niemanden etwas!

Auf den folgenden Seiten möchte ich Sie über aktuelle Themen aus dem Sächsischen Landtag und unserer Region informieren.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Ihr Kay Ritter MdL



Inhalt

- Lossatal: Richtfest für Kita in Thammenhain
- Dresden: Bauernprotest vor dem Landtag
- Bund: abgesenkter Mehrwertsteuersatz von 7% für die Gastronomie muss erhalten bleiben
- Sachsen: Handwerk

Kay Ritter



Sächsischer Landtag

Wahlkreisbüro



www.kayritter.de

Mitglied des
Sächsischen Landtages

Bernhard-von-Lindenau-
Platz 1
01067 Dresden

Schuhgasse 1/Markt
04808 Wurzen



kay.ritter@slt.sachsen.de

0351 - 493 5537

03425 - 92 46 30



[instagram.com/ritter_kay](https://www.instagram.com/ritter_kay)



[facebook.com/ritter.kay](https://www.facebook.com/ritter.kay)

Richtfest im neuen Käferparadies

Lossatal/Thammenhain.

Wie die neue Kindertagesstätte im Lossataler Ortsteil Thammenhain einmal aussehen wird, davon konnten sich Ende Oktober zahlreiche Gäste überzeugen. Gemeinsam mit Bürgermeister Uwe Weigelt, Vertretern der Baufirmen, dem Planungsbüro Hagen Weidenmüller, Gemeinderatsmitgliedern und Einwohnern konnte ich das Richtfest feiern.

Der Flachbau am Standort der alten Schule soll in Zukunft auf einer Fläche von 657

Quadratmetern Platz für 18

Krippen- sowie 34 Kindergarten- und sechs Inklusionsplätze bieten.



Darüber hinaus ermöglicht das Raumkonzept die Aufnahme von Kindern mit körperlichen Behinderungen, denen im Therapiezimmer eine körperliche Förderung und Betreuung angeboten werden kann. Voraussichtlich im August 2024 könne der Umzug der Kinder des Käferparadieses erfolgen.

Bauernprotest vor Sächsischem Landtag

Am 08. November hat der Landtag über die verspätete Auszahlung von EU-Geldern für Landwirte debattiert. Ende Oktober hatte Sachsens Landwirtschaftsminister Wolfram Günther (Grüne) eingeräumt, dass es wegen Problemen bei der Softwareanpassung nicht wie üblich im Dezember zu einer Auszahlung kommt. Die Summe von rund 241 Mio. Euro für etwa 7000 Betriebe fehlt und führt zu Liquiditätsengpässen. Sie soll spätestens Ende Februar ausgezahlt werden. Landwirte hatten deshalb am 01. November vor dem Landtag demonstriert und die CDU-Fraktion stellte sich an ihre Seite.



Die Landwirte erwarten von der Verwaltung zu Recht, dass bei aller Kompliziertheit der Beantragung der staatlichen Gelder pünktlich ausgezahlt wird und die bestehenden Defizite im IT-Bereich und wo auch immer diese noch bestehen auf schnellstmöglichem Weg beseitigt werden. So wie jeder Landwirt bis zum 15. Mai 2023 seine Anträge vollständig und fehlerfrei abzugeben hatte, haben auch das Ministerium und seine Mitarbeiter dafür Sorge zu tragen, dass die sächsischen Landwirtschaftsbetriebe nicht in finanzielle Schwierigkeiten geraten.



Wir fordern das Landwirtschaftsministerium auf, dass es dafür Sorge trägt, dass alle Landwirte unbürokratisch und pauschal die ihnen zustehenden Direktzahlungen und Ausgleichszulage zu mindestens 50 Prozent bis zum 31. Dezember erhalten. Es geht um nicht weniger als um die Existenz vieler Betriebe in Sachsen. Es wäre ein absolutes Armutszeugnis für dieses Land, wenn dies nicht gelingen sollte. Im Ergebnis wird dann das Gesamtproblem zu analysieren sein. Welche Konsequenzen wir danach ziehen werden, wird daran gemessen, wie wir in Sachsen im Vergleich zu den anderen Bundesländern dastehen.

CDU zum Ende der niedrigeren Gastro-Steuer

Das Bundesverfassungsgericht hat geurteilt und den Bundeshaushalt für nichtig erklärt. Karlsruhe hat damit die Selbstbedienungsmentalität der Ampel-Regierung gestoppt. Schuldenfinanzierten Sondervermögen, Haushaltstricksereien und einer Aushöhlung der Schuldenbremse wurden ein Riegel vorgeschoben. Damit bricht ein wesentlicher Eckpfeiler der Haushalts- und Finanzplanung der Regierung in sich zusammen. Der Ampel-Regierung fehlen jetzt 60 Milliarden Euro. Ihre erste Reaktion darauf: Die Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie wird zum Anfang des Jahres wieder auf 19 Prozent angehoben!



Die Wirte müssen die Zeche der Ampel zahlen! Das Steuer-Plus von 12 Prozentpunkten in der Gastronomie ist eine Katastrophe. Anstatt endlich einmal die Hausaufgaben zu machen, wird einfach dreist in die Taschen der Menschen gegriffen. Wir haben uns als CDU seit Wochen dafür stark gemacht, den reduzierten Mehrwertsteuer-Satz zu erhalten. Die gesamte Branche ist noch nicht wieder über den Berg und leidet heute noch massiv unter den Auswirkungen der Pandemie, des Fachkräftemangels und der hohen Energie- und Lieferkosten.

Man muss sich immer eins bewusst machen: Laut Steuerschätzung hat Deutschland 916,1 Milliarden Euro Steuereinnahmen insgesamt in 2023. Das sind Rekordsteuereinnahmen! Die Regierung hat also sehr viel Geld zur Verfügung. Sie muss nur die richtigen Prioritäten setzen. Für uns ist klar: Die Bundesregierung hat kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Bei Verzicht auf rot-grüne Lieblingsprojekte wäre eine Gastro-Steuererhöhung nicht nötig.

Der Bund ignoriert trotz allen Warnungen die Interessen der Gastronomie und trägt dazu bei, dass unsere Wirte in Schwierigkeiten geraten, aufgeben und der Tourismus leidet. Das ausgerechnet die FDP das mitmacht, ist einfach nur schlimm. Die Ampel nimmt billigend in Kauf, dass Familien für das Essen in Kita, Schule, Senioreneinrichtungen und beim Essen auf Rädern zusätzlich belastet werden. Die Ampel sägt damit weiter am Ast des sozialen Friedens in unserem Land!



(Bildnachweis: AdobeStock/s-motiv)

CDU appelliert an Schüler zum Tag des Handwerks

Im September fand der traditionelle „Tag des Handwerks“ statt. Das ist ein Aktionstag, um die Bedeutung und Leistung des Handwerks zu würdigen und jungen Menschen die beruflichen Möglichkeiten in einem Handwerksberuf näher zu bringen. An diesem Tag werden bundesweit Veranstaltungen angeboten, die einen Einblick in die Alltagswelt der Handwerksbetriebe geben.



Heute gehen viele junge Menschen beim Klimastreik auf die Straße. Wir sagen diesen Schülern: Werdet Handwerker und rettet so das Klima! Denn unser Land befinden sich mitten in einer Transformation. Fossile Energieträger werden in den festgelegten Zeiträumen keine Rolle mehr spielen. Um diesen Kraftakt aber technisch bewältigen zu können, benötigen wir gut ausgebildete Fachkräfte! Das Handwerk muss deshalb wieder stärker ins gesellschaftliche Bewusstsein gerückt werden. Eine Ausbildung im Handwerk sichert den jungen Menschen eine erfolgreiche Zukunft.

Wir unterstützen uneingeschränkt die Forderungen des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks nach Gleichwertigkeit von beruflichen und akademischen Abschlüssen. Ebenso teilen

wir deren Sichtweise zu einer gesteuerten Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Hier muss es eine klare Abgrenzung zur Aufnahme von Flüchtlingen aus humanitären Gründen geben.

